

**BAD HOMBURG
CONFERENCES
2021**

Klima Politik Wandel

Wie gestalten wir
die Zukunft?

**IMPULSE
REFLEXIONEN
WISSENSCHAFT
IM DIALOG**

17. + 18. SEPTEMBER 2021

BAD HOMBURG

ÖFFENTLICHE KONFERENZ DES FORSCHUNGSKOLLEGS HUMANWISSENSCHAFTEN



FORSCHUNGSKOLLEG
HUMANWISSENSCHAFTEN
der Goethe-Universität in Kooperation
mit der Werner Reimers Stiftung

Bad Homburg | 

GOETHE 
UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir laden Sie sehr herzlich zur mittlerweile fünften Bad Homburg Conference ein. Wenige Wochen vor der UN-Klimakonferenz in Glasgow kommen in Bad Hamburg Fachleute aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik zusammen, um die Klimapolitik und ihre Folgen zu diskutieren. Dabei werden gezielt die Entwicklungen in den Blick genommen, die mit den notwendigen Veränderungen in Politik und Wirtschaft, in der Gesellschaft und im Alltag der Bürgerinnen und Bürger einhergehen. Das leitende Anliegen der Konferenz ist dabei die Frage, wie wir angesichts des Klimawandels einen Übergang zum Besseren für alle gestalten können.

Die Bad Homburg Conferences sind ein öffentliches Forum der Reflexion über wichtige politische und gesellschaftliche Fragen unserer Gegenwart. Einmal im Jahr kommen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Praxis und Kultur mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern am Forschungskolleg Humanwissenschaften – einer gemeinsamen Initiative von Goethe-Universität und Werner Reimers Stiftung – zusammen, um unterschiedliche Positionen auszutauschen. Ziel ist es, zu einem differenzierten Bild der jeweiligen Thematik zu gelangen und Anregungen für die Gestaltung unserer Zukunft zu geben.

Die Konferenzen werden vom Forschungskolleg Humanwissenschaften gemeinsam mit weiteren Professorinnen und Professoren der Goethe-Universität geplant und von der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe finanziell getragen.

Über Ihre Teilnahme vor Ort oder aber online über den YouTube-Kanal des Forschungskollegs Humanwissenschaften würden wir uns sehr freuen!



PROF. DR. DR. MATTHIAS LUTZ-BACHMANN
Direktor,
Forschungskolleg Humanwissenschaften



ALEXANDER W. HETJES
Oberbürgermeister,
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

KLIMA POLITIK WANDEL WIE GESTALTEN WIR DIE ZUKUNFT?

Während der Bad Homburg Conference 2021 werden ausgewählte Fragen der Klimapolitik aus verschiedenen Perspektiven von internationalen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik diskutiert. Global hängt der Erfolg des Klimaschutzes von der Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft ab. Diese stellt aber eine enorme Herausforderung dar, denn es muss eine Balance zwischen den allgemeinen klimapolitischen Notwendigkeiten und den Interessen und Zielen der Einzelstaaten hergestellt werden, ohne dass dies die Effektivität des Klimaschutzes mindert. Gleichzeitig werden ambitionierte Klimaziele zum Instrument der geopolitischen Machtordnung. Die EU will mit dem Green Deal ihren Beitrag für eine neue globale Klimapolitik leisten und präsentiert sich als ein Vorreiter. Aber welche Konsequenzen wird die europäische Klimapolitik auf die Welt, besonders den globalen Süden und die EU-Staaten selbst haben? Wie kann beispielsweise Deutschland als Industrienation dekarbonisiert werden und gleichzeitig wettbewerbsfähig bleiben? Wie werden Sozialstaat und Arbeitswelt in einem klimaneutralen Deutschland aussehen? Und welche Chancen und Herausforderungen ergeben sich dabei auf der Ebene der Lokalpolitik? Diese und andere Impulse der Konferenz werden durch übergreifende Fragen verbunden: Wie müssen und wie können sich Politik und Gesellschaft wandeln, um die schlimmsten Folgen des globalen Klimawandels zu verhindern? Und wie kann dies gelingen, ohne dass es auf Kosten anderer geht? Und schließlich: Was können wir dafür tun?

FREITAG, 17. SEPTEMBER 2021

18.00 UHR

ERÖFFNUNG DER KONFERENZ

Matthias Lutz-Bachmann

Direktor des Forschungskollegs Humanwissenschaften,
Bad Homburg v. d. Höhe

Enrico Schleiff

Präsident der Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Alexander W. Hetjes

Oberbürgermeister der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

VORTRAG

DIE DOMESTIZIERUNG DER NATUR

Klement Tockner

Generaldirektor Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung,
Frankfurt am Main

DIE UMSETZUNG DER KLIMAZIELE IM INTERNATIONALEN KONTEXT

AUF DEM PODIUM

Ingrid-Gabriela Hoven

Vorstand Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit, Bonn/Eschborn

Andreas Kuhlmann

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Deutsche Energie-Agentur, Berlin

Nicole Mommsen

Head of Global Group Communications, Volkswagen AG

Line Niedeggen

Fridays for Future, Heidelberg

MODERATION

Joachim Curtius

Professor für Meteorologie, Goethe-Universität,
Frankfurt am Main

SAMSTAG, 18. SEPTEMBER 2021

10.00 – 17.00 UHR

HOW FAIR IS EUROPE'S CLIMATE POLICY?

10.00 – 12.00 UHR

ON THE PANEL

Marc Fleurbaey

Professor of Economics, Paris School of Economics

Renata Koch Alvarenga

Founder & Director of EmpoderaClima, Rio de Janeiro

Viola Lutz

Head of Climate Team of Sustainability Rating Agency ISS ESG,
Zurich

Artur Runge-Metzger

Former Director, DG CLIMA, European Commission

CHAIR

Darrel Moellendorf

Professor for International Political Theory and Philosophy,
Goethe University, Frankfurt am Main

**DIE FOLGEN DER KLIMAPOLITIK
FÜR DEUTSCHLAND**

12.30 – 14.30 UHR

AUF DEM PODIUM

Gerhard Adrian

Präsident, Deutscher Wetterdienst, Offenbach

Niklas Höhne

Gründungspartner, NewClimate Institute, Köln

Annette Mann

Head of Corporate Responsibility, Lufthansa Group

Jürgen Vormann

Geschäftsführer Infraseriv, Frankfurt am Main

MODERATION

Christoph Wolff

Word Economic Forum, New York

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN DER LOKALEN KLIMAPOLITIK

15.00 – 17.00 UHR

AUF DEM PODIUM

Markus Coenen

Vorstand Süwag Energie AG, Frankfurt am Main

Jutta Deffner

Leitung Forschungsschwerpunkt Mobilität und Urbane Räume, ISOE-Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt am Main

Oliver Jedynek

Bürgermeister der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Thomas Schmid

Präsident Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie, Wiesbaden

MODERATION

Mechthild Harting

Frankfurter Allgemeine Zeitung

VORTRAG

DIE DOMESTIZIERUNG DER NATUR

Klement Tockner

Von der romantischen Vorstellung einer intakten Natur müssen wir uns wohl verabschieden. Zu massiv sind die globalen Eingriffe des Menschen, unumkehrbar viele Änderungen und enorm die gesellschaftlichen Herausforderungen. Dabei befinden wir uns erst am Beginn der »Großen Beschleunigung« im Zeitalter des Anthropozäns. So wurden die meisten Lebensräume domestiziert, d. h. zum größtmöglichen Nutzen für uns Menschen verändert. Hierfür betreiben wir einen immensen, unverantwortlichen Raubbau an unserer Natur – Hochwasser, Hitzewellen und Waldbrände sind ja nicht unbedingt Naturkatastrophen; es sind in erster Linie menschengemachte Katastrophen. Wir sind durch unser Handeln für diese Schäden voll verantwortlich. Zur Lösung setzen wir verstärkt auf großtechnische Maßnahmen: bauen Dämme, leiten ganze Flüsse um und entsalzen Meerwasser. Dabei gilt es, sowohl die Natur als wertvollen Lebensraum langfristig zu erhalten als auch diese als Ressource für uns Menschen nachhaltig zu nutzen. Wir benötigen jedoch ein grundsätzliches Umdenken in unserem Verhältnis zur Natur, denn nachhaltige Lösungen kann es nur mit und nicht gegen die Natur geben. Und wir haben weniger und weniger Zeit, um gegensteuern zu können.

Prof. Dr. Klement Tockner studierte Zoologie und Botanik an der Universität Wien. Nach Beratungstätigkeiten im Gewässermanagement in Ruanda und Uganda wechselte er 1996 an die EAWAG, das Wasserforschungsinstitut der ETH Zürich. Im Jahr 2007 wurde er Direktor des Leibniz-Instituts für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin (IGB) sowie Professor für Aquatische Ökologie an der Freien Universität Berlin. Seit 2021 ist er Generaldirektor der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung und zugleich Professor für Ökosystemwissenschaften an der Goethe-Universität.



DIE UMSETZUNG DER KLIMAZIELE IM INTERNATIONALEN KONTEXT

Im Juni dieses Jahres erlebte Nordamerika eine Hitzewelle. In Lytton, British Columbia, wurden Temperaturen von 49,6°C erreicht und damit fast fünf Grad mehr als der bisherige Rekord in Kanada. Nur einen Tag danach ging der Ort in Flammen auf. Moderne Studien zeigen, dass sich die Wahrscheinlichkeit für solch extreme Hitzeereignisse im Zuge des Klimawandels dramatisch erhöht hat. Um die im Pariser Klimaabkommen festgelegten Ziele zu erreichen und damit das Risiko von katastrophalen Entwicklungen des gesamten Klimasystems auf ein vertretbares Maß zu senken, muss innerhalb weniger Jahrzehnte die globale Energiegewinnung von fossilen auf erneuerbare Energien umgestellt werden, zusammen mit einer generellen Reduzierung des Energieverbrauchs. Während extreme Wetterereignisse weltweit zunehmen, verzögern zahlreiche politische, gesellschaftliche und technische Hindernisse sowie die hohen Investitionskosten die Umsetzung der notwendigen Transformationen in der verbleibenden Zeit. Zu diesen Zielkonflikten gehört z. B. die Einführung von CO₂-Zöllen, die dem angestrebten Abbau von Handelshemmnissen entgegensteht. Daher stellt sich die Frage, ob und wie eine international koordinierte Klimapolitik gelingen kann und ob vielleicht neue Lösungswege gefunden werden müssen? Was ist vor diesem Hintergrund von den anstehenden Verhandlungen in Glasgow zu erwarten? Und wie lässt sich ein intensiver und ehrlicher Dialog zwischen Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erreichen, um die Klimaziele zu erreichen?

AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

Ingrid-Gabriela Hoven (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit),
Andreas Kuhlmann (Deutsche Energie-Agentur), **Nicole Mommsen** (Volkswagen AG),
Line Niedeggen (Fridays for Future)

MODERATION:

Joachim Curtius (Frankfurt am Main)

Prof. Dr. Joachim Curtius ist Professor für Experimentelle Atmosphärenforschung am



Institut für Atmosphäre und Umwelt der Goethe-Universität. Er ist Koordinator mehrerer internationaler Forschungsprojekte und gehörte 2018 zu den meistzitierten Wissenschaftlern in den Geowissenschaften. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen u. a. atmosphärische Spurengase, die Entstehung von Aerosolpartikeln, Flugzeugemissionen und die Einflüsse von Aerosolpartikeln auf das Klima. Er engagiert sich für eine wissenschaftlich fundierte Kommunikation der Klimaproblematik in der Öffentlichkeit.

Ingrid-Gabriela Hoven



»Der sechste Bericht des Weltklimarats (IPCC) zeigt klar auf, dass der Klimawandel Extremwetterereignisse wahrscheinlicher und intensiver macht. In Deutschland haben wir mit dem jüngsten Hochwasser die katastrophalen Folgen solcher Extremereignisse zu spüren bekommen. Doch es sind vor allem Entwicklungsländer, die am schwersten unter den Klimawandelfolgen leiden. Bis 2030 könnten bis zu 132 Mio. Menschen in extreme Armut gedrängt werden. Es ist daher richtig und wichtig, dass Anpassung und Resilienz ein Schwerpunkt der COP26 in Glasgow ist. Für die Erfüllung der Vereinbarungen von Paris ist es notwendig, dass Staaten, Zivilgesellschaft und die Wirtschaft eng zusammenarbeiten und die Industrieländer die Entwicklungsländer bei der Anpassung unterstützen. Nationale Anpassungspläne, basierend auf Klimarisikoanalysen, sind dabei ein anerkanntes Instrument, um wirksame Maßnahmen in betroffenen Regionen zu identifizieren und umzusetzen. Gleichzeitig haben Entwicklungs- und Schwellenländer einen zunehmenden Anteil am Ausstoß von CO₂-Emissionen. Die auf die COVID-19 Pandemie folgende Erholung der Volkswirtschaften muss daher weltweit geprägt sein von einer grünen Wirtschaftsbelebung – eine Chance für eine wirtschaftliche Transformation mit starken Investitionen in nachhaltige Entwicklung und in den Klimaschutz (building back better). Die GIZ unterstützt diesen Transformationsprozess der Entwicklungsländer in Richtung Klimaneutralität und insbesondere Resilienz, vor allem für die verwundbarsten Länder.«

Ingrid-Gabriela Hoven arbeitet seit mehr als 30 Jahren in der internationalen Zusammenarbeit mit starkem Fokus auf Nachhaltigkeits- und Klimafragen. Von 2010 bis 2014 vertrat sie als Exekutivdirektorin Deutschland in der Weltbankgruppe. Im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hatte Ingrid-Gabriela Hoven hochrangige Positionen inne, u. a. als Abteilungsleiterin mit den Schwerpunkten Global Health, Agenda 2030, Klimaschutz, Biodiversität und Governance. In dieser Zeit vertrat sie das BMZ in den internationalen Klimaforen und war Ko-Initiatorin der sog. NDC-Partnerschaft und der InSuresilience Global Partnership, die verwundbare Länder gegen die zunehmenden Risiken des Klimawandels schützt. Sie vertrat das BMZ u. a. in den Leitungsgremien des Green Climate Fund (GCF) und des Global Center on Adaptation (GCA).

Andreas Kuhlmann

»Der kürzlich veröffentlichte Bericht des IPCC beinhaltet zwei Kernaussagen. Die kritische 1,5°C Marke der Erderwärmung könnte bereits im Jahr 2030 erreicht werden. Früher als bisher angenommen bedeutet dies, dass sehr wahrscheinlich Extremwetterereignisse in den kommenden Jahren in weiten Teilen der Welt gehäuft auftreten werden. Die zweite Aussage stimmt hoffnungsvoller: Vor uns liegt das entscheidende Jahrzehnt in der Klima- und Energiepolitik. Denn jedes Zehntelgrad der globalen Erwärmung, das wir nun verhindern, wird zählen, um noch Schlimmeres zu vermeiden. In Deutschland gibt es erstmals ein Klimaschutzgesetz, welches sicher unter einer neuen Regierung nachgeschärft werden muss, aber immerhin schon mal einen wichtigen Rahmen, wie z. B. den CO₂-Preis für Verkehr und Gebäude setzt. Die EU-Kommission mit den umfassenden Vorschlägen unter dem Green Deal hat kürzlich weitere Leitlinien, auch im internationalen Kontext gesetzt. U. a. wird ein Grenzausgleichsmechanismus für Importe von CO₂-intensiven Produkten vorgeschlagen, der die Bestrebungen für die Einführung eines globalen CO₂-Preises intensivieren sollte. Hier knüpfen auch Vorschläge für einen sogenannten Klimaclub an, die nun auch im Wahlkampf zur Bundestagswahl aufgegriffen wurden und die ich ausdrücklich unterstütze. Als Hochtechnologieland und Innovationsstandort wird Deutschland beim Klimaschutz eine zentrale Rolle spielen. Nur mit der Stärkung unserer Innovationskraft und einer Transformation, die auch die schwächsten unserer Gesellschaft nicht überfordert, wird Deutschland international eine glaubhafte Vorreiterrolle einnehmen können.«



Andreas Kuhlmann ist Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Er studierte an den Universitäten in Bonn, Heidelberg und Corvallis (USA) Physik mit dem Nebenfach Volkswirtschaft. Seinen beruflichen Werdegang begann er 1995 am Institut für Umweltphysik der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Darauf folgten verschiedene Stationen im politischen Umfeld, unter anderem im Europaparlament, im Bundestag, im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und in der Deutschen Botschaft in Stockholm. 2010 ging Andreas Kuhlmann zum Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft und übernahm als Geschäftsbereichsleiter Strategie und Politik die Abteilungen Politik und Volkswirtschaft.

Nicole Mommsen



»Mit rund 10 Millionen verkauften Fahrzeugen pro Jahr sowie Lieferketten und Produktionsstätten, die sich über mehrere Kontinente erstrecken, hat sich Volkswagen verpflichtet, eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Klimawandel zu spielen. Für eine effiziente und effektive Umsetzung der Maßnahmen zur Erreichung der globalen Klimaziele sind jedoch grenz- und branchenübergreifende Lösungen erforderlich. Die Einführung batterieelektrischer Fahrzeuge macht in Regionen, die nicht genügend grüne Energie bereitstellen oder sogar Anreize für die Nutzung fossiler Brennstoffe bieten, einfach keinen Sinn. Deshalb ist es wichtig, dass Regierungsvertreter Plattformen wie die COP26 (Climate Change Conference of the Parties) in Glasgow nutzen, um gemeinsame Standards zu diskutieren und zu vereinbaren, die den Übergang zu kohlenstoffneutralen Energiequellen beschleunigen.«

Nicole Mommsen ist ausgebildete Journalistin und verantwortet seit Januar 2021 die gesamte Kommunikation der Volkswagen Aktiengesellschaft. Zuvor leitete sie die Unternehmenskommunikation für den Volkswagen Konzern und die Marke Volkswagen PKW. Bevor sie zu Volkswagen kam, verantwortete Nicole Mommsen vier Jahre die Kommunikation der US-Investmentbank Goldman Sachs im deutschsprachigen Raum. Sie begann ihre Karriere im Jahr 2000 als Journalistin bei Bloomberg News. Von dort wechselte sie 2007 zur Deutschen Post DHL, um die Leitung der Finanzkommunikation zu übernehmen. Anschließend arbeitete sie vier Jahre als Beraterin für die strategische Kommunikationsberatung Brunswick Group, bevor sie dann die Leitung der globalen externen Kommunikation des Wissenschafts- und Technologiekonzerns Merck in Darmstadt übernahm.

Line Niedeggen

»Die Klimakrise wird weltweit durch Ausbeutung von Mensch und Ressourcen weiterhin tagtäglich angefeuert. Getrieben vom Kolonialismus haben westliche Industriestaaten Zerstörung in die ganze Welt exportiert und wollen sich weiterhin als Anführer der Zukunft oder des Klimaschutzes verkaufen. Internationale Konferenzen sind geprägt von ungerechten Machtverhältnissen zwischen Staaten und innerhalb unserer Gesellschaft. Der Kampf gegen die Klimakrise wird seit Jahrzehnten angeführt von indigenen Gemeinschaften und anderen Gruppen, die besonders unter den Auswirkungen der Umweltverschmutzung und Klimazerstörung leiden. Struktureller Rassismus und das Patriarchat verursachen die Klimakrise – auch indem Entscheidungspositionen von denjenigen besetzt sind, die den fossilen Status Quo verteidigen. Internationale Klimagerechtigkeit kann also nur erreicht werden, wenn diese Machtungleichheiten in Entscheidungsprozessen abgeschafft werden. Die Verursacher der Klimakrise müssen die Deutungshoheit abgeben an diejenigen, die schon seit Jahren gegen die Katastrophen kämpfen müssen. Es gibt keine Klimagerechtigkeit in einer rassistischen Welt.«



Line Niedeggen ist Klimagerechtigkeitsaktivistin bei Fridays for Future. Nebenbei studiert sie im Master Physik und lebt in Heidelberg. Ihr Aktivismus nimmt die Intersektionalität verschiedener Gerechtigkeitsfragen in den Fokus, um die Klimakrise sozial und global gerecht anzugehen. Sie arbeitet dazu bundesweit und international an Kommunikation und Strategie der Graswurzelbewegung. Sie ist in Erftstadt bei Köln aufgewachsen, hat den Bachelor in Physik in Bonn absolviert und 2019 den Master mit Fokus auf Klimaphysik in Heidelberg begonnen.

HOW FAIR IS EUROPE'S CLIMATE POLICY?

The United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) affirms both 'common but differentiated responsibilities and respective capabilities' among states and the right of states to promote sustainable development. These are norms of international justice that recognize special burdens for high income, industrialized states. Additionally in the Paris Agreement of 2015 parties to the UNFCCC agreed to the goal of limiting warming to 1,5°C. However, the need for global decarbonization is taking place in a broader context in which the parties of the UN are committed under the first of the Sustainable Development Goals to overcoming the global scourge of poverty. A major form of poverty is energy poverty. At the same time that global carbon emissions must rapidly be eliminated, access to energy in low and medium income countries must be rapidly increased. Given these ambitious goals, it would seem that high income states are called upon both to act quickly to decarbonize and to ensure that the development aims of low and medium income states are not compromised by international climate change policies. What are the obligations of EU countries in this regard? What must the EU and member countries do to secure the warming limit in a way that is consistent with international justice? Are European countries living up to their obligations? What role is there for citizens to ensure that countries meet their obligations?

ON THE PANEL:

Marc Fleurbaey (Paris School of Economics), **Renata Koch Alvarenga** (EmpoderaClima), **Viola Lutz** (Rating Agency ISS ESG), **Artur Runge-Metzger** (European Commission)

CHAIR:

Darrel Moellendorf (Frankfurt am Main)

Prof. Dr. Darrel Moellendorf is Professor of International Political Theory and Professor of Philosophy at Goethe University. He is also Distinguished Visiting Professor of Philosophy at the University of Johannesburg and past member of the School of Social Sciences of the Institute for Advanced Study (Princeton). He authored *The Moral Challenge of Dangerous Climate Change: Values, Poverty, and Policy* (2014), and *Mobilizing Hope: Climate Change and Poverty* (forthcoming). He co-edited *Global Justice: Seminal Essays* (2008) and *The Routledge Handbook of Global Ethics* (2014).



Marc Fleurbaey

»The fair burden for high-income countries can be defined in various ways, within the confines of the principle of ›common but differentiated responsibilities‹. Two points are worth emphasizing. First, it is impossible to evade the question of historical responsibilities. Rich countries have benefited a lot from their use of fossil energy for economic development, and they have been quite aggressive toward the rest of the world throughout history, most recently by imposing international norms and mechanisms of dispute resolution that systematically favored their own interests. While little can be hoped in terms of reparations, the rich countries that claim to be the leaders of climate change mitigation have a special duty to lead by action rather than by words. The second point is that the discussion on burden-sharing should not be limited to the allocation of a carbon budget. Green technologies need to spread as quickly as possible around the world and it is a progress that linkage between trade policy and environmental policy is now becoming mainstream. Incentives must be created for countries that are not only attractive because of the direct impact on climate and health, but also through indirect economic benefits that result from joining the club of responsible countries. One should also not be afraid of allowing differences in carbon prices to emerge (with rich countries bearing greater prices) in a responsible scope. And a topic that should be on the table is the pace of emissions abatement. Rich countries should have a special duty to accelerate their transition in order to reduce the pace of climate change, and doing this they would acquire know-how that could be shared with the rest of the world. Time is of the essence, not just the quantitative emission targets.«



Prof. Dr. Marc Fleurbaey is CNRS Senior Researcher and Professor at Paris School of Economics. Author of *Beyond GDP* (with Didier Blanchet, OUP 2013), *A Theory of Fairness and Social Welfare* (with François Maniquet, CUP 2011), and *Fairness, Responsibility and Welfare* (OUP, 2008), he has published extensively on climate policy and is a former member of the IPCC. He is also one of the initiators of the International Panel on Social Progress, and lead author of its *Manifesto for Social Progress* (CUP 2018). He is a former editor of *Social Choice and Welfare* and *Economics and Philosophy*.

Renata Koch Alvarenga



»The principle of ›common but differentiated responsibilities‹ of the UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change) is central to Global South countries, such as Brazil, when it comes to the global climate negotiations, and is a key part of how justice plays a role in climate policy. This is especially important considering the historical emissions by developed countries, including many nations in the European Union. It is therefore crucial that national policies implemented by EU countries, as defined by their updated Nationally Determined Contributions, include clear references to climate justice concepts directed at the most vulnerable groups to climate change, such as women and girls, including wording on gender equality and intergenerational equity. Further, EU policies (both as a whole and within countries) should reflect not only a recognition of the need for intersectional approaches to climate action, but active solutions to mainstream gender justice through mechanisms of climate finance, climate education and climate mitigation and adaptation. UNFCCC Annex I Parties, which includes the EU, have historically not included any reference to women and gender in their Nationally Determined Contributions, and in order to achieve climate justice, that needs to change at COP26 (Conference of the Parties) in Glasgow in a few weeks and beyond.«

Renata Koch Alvarenga is a Master in Public Policy candidate at the Harvard Kennedy School, where she is a Belfer Young Leader Fellow, and Founder and Director of EmpoderaClima. She is a leading voice in Brazil for gender and climate justice, having founded the initiative EmpoderaClima to advocate for gender equality in climate policy with Global South Youth. Renata Koch Alvarenga is involved in several international spaces; she's a National Gender Youth Activist of UN Women, Transform Education Leader at the UN Girls' Education Initiative and Gender Co-lead for Youth at the UNFCCC.

Viola Lutz

»In 2015, the Paris Climate Agreement identified global financial markets as actors in the fight against climate change. Since then a variety of initiatives established by regulators, non-governmental organizations and the industry itself have helped to shape the role of financial markets in relation to climate change. Of particular relevance are the European Union Sustainable Finance Roadmap and a recently published guidance notice by BaFin, the German Federal Financial Supervisory Authority. The financial industry itself has lately focused on so-called ›net zero‹ targets. To ›go net zero‹ involves reducing nearly all greenhouse gas emissions by 2050, balancing the remaining emissions with carbon removal from the atmosphere. How can financial players put all this into practice? There are several important challenges, including the implications of climate change for government bond valuations as well as the need to facilitate a just transition toward a low-carbon economy that neither disadvantages certain population groups and regions within a country, nor unfairly distributes the costs between countries.«



Viola Lutz is Head of Climate Solutions, ISS ESG, the unit of Institutional Shareholder Services that helps financial market participants to understand, measure, and act on climate-related risks and opportunities across all asset classes. She joined ISS in 2017, following its acquisition of the financial industry business of South Pole Group, where she was a member of the team that developed the world's largest database of company-level climate change data and pioneered the development of leading, standardized investment climate screening tools. She was named to the Forbes 30 Under 30: European Finance List in 2020.

Artur Runge-Metzger



»Efficiency, fairness and environmental integrity are the three key ingredients of any climate policy. Achieving fairness in climate policy is a highly complex undertaking. Fairness must be accomplished from various angles, including inter-generational, sectoral and across all income groups, and at various levels, such as the international, national, regional and community level. Hence, fairness and equity have been critical elements in evolving climate policies both within the realm of the UN as well as within the EU in the negotiations of new climate legislation between the European Parliament and the EU Council. In practice, so far, finding equitable solutions has been easier in the EU as compared to the international level. This is one of the main reasons why the pace of progress in international climate policy still falls short of the resolve and urgency science has been asking for. No doubt, with evolving climate policies new fairness issues will arise – domestically and internationally – that will be harder to be resolved. It will require bold political decisions on innovative tailored approaches. At present, for the EU delivering the proposed much more stringent 2030 targets raises important fairness questions, e. g. related to the risk of carbon leakage from energy-intensive industries and of rising heating and transport bills of vulnerable households and small entrepreneurs. Internationally, by Glasgow, other major economies will have to increase their efforts both domestically as well as internationally. Especially, the global energy sector will have to drastically speed up its deep transformation. Finally, in view of the world wide increase in the number of natural disasters caused by floods and fire, higher priority must be given to adapt to the changing climate and to help in particular vulnerable households to recover.«

Dr. Artur Runge-Metzger is a former Director of the European Commission, Brussels. Until his retirement in early 2021, his responsibilities covered developing climate neutrality strategies and the governance of EU climate policy, regulating emissions from non-ETS sectors and supporting innovation in the EU's energy and industrial sectors. He served on the Boards of the European Environment Agency and the European Fund for Strategic Investments. He co-chaired the working group preparing the Paris agreement in 2013/14 and was a Member of the UNFCCC Bureau from 2010–2012.

DIE FOLGEN DER KLIMAPOLITIK FÜR DEUTSCHLAND

Deutschland schien lange Zeit ein Vorreiter der internationalen Klimapolitik zu sein. Angela Merkel galt als »Klimakanzlerin« und auch der »Green Deal« der Europäischen Union trägt die Handschrift einer deutschen Kommissionspräsidentin. Die Grüne Bewegung hat in Deutschland einen starken Auftrieb erlebt und es wurden Solarpanel und Windräder aufgestellt, als diese für die meisten Nachbarländer noch exotische Technologien waren. In den letzten Jahren hat Deutschland allerdings seine Führungsrolle weitgehend eingebüßt: der Ausbau der erneuerbaren Energien ist fast zum Erliegen gekommen, der Dieselskandal hat die scheinbar klimabewussten deutschen Autokonzerne internationale Reputation gekostet und die nationalen Klimaziele konnten 2020 nur wegen der Einschränkungen durch die COVID-19 Pandemie erreicht werden. Dass Deutschland seiner Verantwortung in der Klimapolitik – auch gegenüber zukünftigen Generationen – nicht nachkommt, bescheinigt mittlerweile sogar das Bundesverfassungsgericht. Doch warum hat sich Deutschland als führendes Industrieland in Europa mit der Klimapolitik zuletzt so schwergetan? Warum wurde der Umbau von Industrie und Wirtschaft nicht in Angriff genommen? Schließlich hängen davon die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sowie zahlreiche Arbeitsplätze ab. Und wie kann der Übergang zu einer Zero-Carbon-Gesellschaft gelingen, ohne Gruppen abzuhängen und sozialstaatliche Errungenschaften zu verlieren?

AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

Gerhard Adrian (Deutscher Wetterdienst), **Niklas Höhne** (NewClimate Institute), **Annette Mann** (Lufthansa Group), **Jürgen Vormann** (Infraserv)

MODERATION:

Christoph Wolff (New York)

Dr. Christoph Wolff ist Maschinenbau- und Wirtschaftsingenieur und hat seit 1988 seinen beruflichen Schwerpunkt auf Themen an der Schnittstelle von Energie und Mobilität gelegt. Das Thema begleitet ihn seit seiner Zeit als Senior Partner bei McKinsey & Co, der Berufung zum Vorstand bei Deutsche Bahn Schenker Rail bis zur Leitung des Solarthermiegeschäftes bei ABB. Seit 2014 legt er seinen Fokus auf Nachhaltigkeit und Klima, zuerst als Geschäftsführer der Europäischen Klimastiftung und seit 2018 als Mitglied des Executive Committees des Weltwirtschaftsforums, zuständig für den Sektor Mobilität.



Gerhard Adrian



»In der politischen Diskussion wird vor allem die globale Mitteltemperatur als Kennzahl für den anthropogenen Klimawandel verwendet und zur Formulierung von politischen Zielen zur Beschränkung des Klimawandels genutzt. Hier wird leicht in der öffentlichen Diskussion übersehen, dass das Klimasystem räumlich und zeitlich hoch variabel ist. Diese hohe Variabilität stellt eine große Herausforderung für die Kommunikation der erwarteten Auswirkungen des anthropogen verursachten Klimawandels. Auch die Attribution einzelner extremer Wetterereignisse mit hohem Schadenpotenzial auf Grundlage von Beobachtungen fällt schwer. Deshalb werden neue dynamische Ansätze auf Grundlage von Wetter- oder Klimasimulationen verfolgt, um auf dieser Basis zu belastbaren Aussagen zu kommen. Doch die Veränderungen des Klimazustandes weichen lokal deutlich vom globalen Mittel ab. So ist bei uns der beobachtete Temperaturanstieg deutlich größer als der globale Mittelwert. Die Verteilung des Niederschlags verschiebt sich vom Sommer in den Winter mit Auswirkungen auf Vegetation und landwirtschaftliche Produktion. Die Fachbehörden einschließlich DWD im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) haben beispielsweise gezeigt, dass die in Folge des Klimawandels häufiger zu erwartenden wetterbedingten Ausfälle der Verkehrsträger erhebliche wirtschaftliche Folgen haben können. Oder es mussten auch Bemessungsgrundlagen für wichtige Infrastrukturen einschließlich Küstenschutz an den Klimawandel angepasst werden. Diese Beispiele zeigen, dass schon heute erhebliche Risiken für volkswirtschaftlich relevante Infrastrukturen durch den Klimawandel verursacht werden.«

Prof. Dr. Gerhard Adrian hat als Diplom-Meteorologe sein Studium an der Universität Karlsruhe 1981 abgeschlossen. Nach Promotion und Habilitation wurde er 2003 zum außerplanmäßigen Professor für Meteorologie ernannt. Seit 1999 ist Gerhard Adrian Mitglied des Vorstandes des Deutschen Wetterdienstes und bis 2011 zunächst Leiter des Geschäftsbereichs Forschung und Entwicklung. 2006 wurde er in dieser Funktion zum Vizepräsidenten ernannt. Seit 2010 ist Gerhard Adrian Präsident des Deutschen Wetterdienstes und ständiger Vertreter Deutschlands bei der Weltorganisation für Meteorologie und seit 2019 Präsident dieser technischen Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Niklas Höhne

»Der letzte Bericht des Weltklimarates IPCC und die letzten Überflutungen, Dürren und Feuer haben eindrücklich gezeigt: Klimawandel muss auf 1,5°C begrenzt werden, um das Schlimmste zu vermeiden. 1,5°C sind möglich, aber nur, wenn alle in den Notfallmodus umschalten und die Notbremse ziehen. Globale Treibhausgasemissionen müssten dazu bis 2030 halbiert werden und bis 2050 auf Null sinken. Das bedeutet der komplette Ausstieg aus fossilen Energien, aus Kohle, Öl und Gas. Ein bisschen reduzieren hier oder da reicht nicht mehr. Es muss in Richtung Null gehen. Und das global bis 2050. Immer mehr einzelne Länder bekennen sich zur Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts, darunter die EU, USA und China. Es ist also nicht mehr die Frage, ob die Welt aus Kohle, Öl und Gas aussteigt, sondern wann. Wenn wir in Deutschland von dieser unaufhaltsamen Transformation profitieren wollen, müssen wir vorne dabei sein und die Lösungen entwickeln, die anderen helfen, diese Transformation zu bewältigen. Wer, wenn nicht Deutschland mit seiner enormen Wirtschafts- und Innovationskraft, sollte hier den ersten Schritt tun?«



Prof. Dr. Niklas Höhne ist ein international anerkannter Experte für Klimapolitik. Er ist Gründungspartner des NewClimate Institute in Köln und Special Professor für »Mitigation of Greenhouse Gas Emissions« an der Universität Wageningen, Niederlande. Er hat viele Regierungen beraten und aufgrund seiner Studien mehrere Bewertungen der Klimapolitik von verschiedenen Ländern publiziert. Seit dem Jahr 2000 hat Niklas Höhne als leitender und mitwirkender Autor an mehreren IPCC-Berichten mitgewirkt, darunter am Vierten, Fünften und Sechsten Sachstandsbericht für die Kapitel zur Klimapolitik und zur internationalen Zusammenarbeit. Seit 2010 ist er außerdem Hauptautor aller UNEP Emissions Gap Reports.

Annette Mann



»Es ist oft gar nicht so schwer, erste Schritte zu gehen, einfach mal etwas auszuprobieren. Schnell und mit viel Begeisterung entstehen sogenannte »Minimum Viable Products«, also kleine Prototypen. Es wird Biofuel auf einer Strecke getestet, ein Team gegründet, das sich um Kompensationslösungen für Kunden kümmert, oder man klebt sogenannte »Haifischhaut« auf ein Flugzeug. Keiner stellt schon die unangenehmen Fragen, denn man probiert ja erst mal aus, ob es überhaupt funktioniert. Viel mehr Anstrengung ist notwendig, wenn es nach einem erfolgreichen Anfang um Skalierung geht. Genau da stehen wir beim Thema Nachhaltigkeit in vielen Unternehmen als auch in der Klimapolitik insgesamt. Welche der vielen Lösungsansätze sind die besten, und wie genau bewerten wir das? In welche wollen wir wirklich im großen Maßstab investieren? Wir bei Lufthansa verstehen uns seit Jahrzehnten als Pioniere unserer Industrie, wir wollen Pioniere bleiben. Wir brauchen aber einen regulatorischen Rahmen, der *Carbon Leakage* verhindert und Innovationen technologieneutral fördert. In der Luftfahrt gibt es dazu noch erheblichen Nachbesserungsbedarf, speziell rund um den harten Wettbewerb um interkontinentale Verbindungen. Die Lösungsideen liegen auf dem Tisch – wenn Deutschland und die EU jetzt klug handeln, können wir globales Vorbild sein und bleiben.«

Annette Mann leitet als Senior Vice President den Bereich Corporate Responsibility der Lufthansa Group und verantwortet damit auch die Nachhaltigkeitsstrategie des Konzerns. In den klassischen Disziplinen »Vermeiden – Reduzieren – Kompensieren« treibt sie die Reduzierung der Emissionen des Konzerns voran. Aktuelle Schwerpunkte bilden dabei neben den politisch-regulatorischen Themen der Ausbau von Intermodalität, der Markthochlauf von Sustainable Aviation Fuels (SAF) sowie die Entwicklung nachhaltiger Produktangebote für die Kunden.

Jürgen Vormann

»Der vom Menschen verursachte Beitrag zum Klimawandel stellt Wirtschaft und Gesellschaft vor große Herausforderungen und wird zu tiefgreifenden Veränderungen im persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich führen müssen. Die Klimapolitik ist in Deutschland und in Europa schon seit längerem ein zentrales und wichtiges Politikfeld mit entsprechenden Auswirkungen auf alle anderen politischen Handlungsfelder. Vor dem Hintergrund unseres heutigen Wissens über Ursache, Ausmaß und mutmaßlichen Verlauf des Klimawandels gilt es dabei umso mehr, vermittels unseres kollektiven Verstandes ein balanciertes Zielsystem zu definieren und gesellschaftlich zu verhandeln, welches alle relevanten politischen Handlungsfelder berücksichtigt. Eine wirksame Klimapolitik muss sich dabei immer stärker zu einer Welt-Klimapolitik entwickeln und die klimapolitisch zu verfolgenden Ziele müssen auf globaler Ebene – zumindest in den aus klimapolitischer Sicht relevanten Ländern (und damit auch in Deutschland) – akzeptiert und durchsetzbar sein. Eine alarmistisch geprägte Klimapolitik, die berechnete wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele hintanstellt oder ignoriert, wird nicht nachhaltig sein und damit auch in der Erreichung der verfolgten Klimaschutzziele selbst scheitern.«



Jürgen Vormann ist Betriebswirt und begann seine Laufbahn 1990 bei der Hoechst AG. Nach verschiedenen Fach- und Führungspositionen, u. a. bei der US-amerikanischen Celanese, ist Vormann seit 2004 Vorsitzender der Geschäftsführung der Infraseriv Verwaltungs GmbH und leitet seitdem als Chief Executive Officer die Infraseriv GmbH & Co. Höchst KG, die Standortbetreibergesellschaft des Industrieparks Höchst. Vormann vertritt die Infraseriv Höchst im Verband der Chemischen Industrie VCI als Vorsitzender der Fachvereinigung Chemieparcs und als Vorstandsmitglied im Bundesarbeitgeberverband BAVC.

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN DER LOKALEN KLIMAPOLITIK

Angesichts extremer Wetterereignisse und knapper werdender Ressourcen muss die lokale Klimapolitik Antworten auf diese Herausforderungen finden. Hierzu gehören Anpassungen der Infrastruktur, die die Bevölkerung vor den Folgen des Klimawandels wie Hochwasser oder extremer Hitze schützen und die Grundversorgung sichern. Doch auch die Bedeutung lokaler Maßnahmen für den globalen Klimaschutz darf nicht unterschätzt werden. Reduzieren etwa Großstädte ihren CO₂-Ausstoß, verbessert das nicht nur die Lebensqualität vor Ort, sondern wirkt sich auch auf das globale Klima aus. Dies gilt auch für Kommunen, die durch ausgefeilte Konzepte und mit Partnern aus Industrie und Landwirtschaft zum überregionalen Klimaschutz beitragen. Dass es an erfolgreichen Konzepten nicht mangelt, zeigt sich im Vorsprung, den die Kommunen gegenüber höheren Institutionen in den letzten Jahren ausgebaut haben. Dennoch steht die lokale Klimapolitik vor großen Herausforderungen. Denn nicht jede Maßnahme stößt bei Bürgerinnen und Bürgern, den angesiedelten Unternehmen oder der Landwirtschaft auf Zustimmung oder fügt sich problemlos in den rechtlichen Rahmen von Bund und Ländern. Wie kann die lokale Klimapolitik vor diesem Hintergrund in Zukunft ihren Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten und die Folgen des Klimawandels vor Ort auffangen? Wie lassen sich in diese Prozesse Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, wie gesellschaftliche Konflikte lösen, wenn notwendige Maßnahmen polarisieren? Und welche Chancen bieten sich möglicherweise für die Lebensqualität, und wie ließen sie sich vermitteln?

AUF DEM PODIUM DISKUTIEREN:

Markus Coenen (Süwag Energie AG), **Jutta Deffner** (ISOE-Institut für sozial-ökologische Forschung), **Oliver Jedynak** (Stadt Bad Homburg), **Thomas Schmid** (Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie)

MODERATION:

Mechthild Harting (Frankfurt am Main)

Mechthild Harting ist Redakteurin der Rhein-Main-Zeitung der F.A.Z., schreibt seit Jahren über das Thema Umwelt und dabei insbesondere darüber, wie die Stadt Frankfurt und die Region-Rhein-Main dem Klimawandel begegnen und sich auf die Folgen einstellen können. Zudem ist sie zuständig für Verkehrspolitik und die Zusammenarbeit in der Region Rhein-Main.



Markus Coenen

»Blockchain, Dekarbonisierung, EEG-Konto, intelligente Mess-Systeme, Power-to-Gas oder auch Sektorkopplung: Wenn man sich mit zentralen Begriffen der Energiewende beschäftigt, entsteht schnell der Eindruck, es handele sich um eine rein technische Herausforderung. Doch der Schein trügt. Im Mittelpunkt der Energiewende steht vor allem der Mensch. Ohne Frage sind hochentwickelte Technologien, die richtigen politischen Rahmenbedingungen und auch wirtschaftliche Prinzipien wichtige Erfolgsfaktoren bei der Neugestaltung unserer Energiesysteme. Das Gelingen dieses Vorhabens wird jedoch stark von dem Zusammenwirken der Menschen abhängig sein. Der Grund dafür ist einfach: Hinter dem Begriff Energiewende steckt eben nicht ein einzelnes, in sich geschlossenes oder zentral gesteuertes Projekt, sondern es gibt sehr komplexe und kleinteilige Aufgaben, die nur vor Ort und unter Beteiligung vieler Menschen zu bewältigen sind. Wo früher noch wenige Großkraftwerke die Energieversorgung sicherten, nehmen diesen Platz bereits heute viele tausend Erzeugungsanlagen beispielsweise auf den Eigenheimdächern ihrer Bewohner ein. Und auch Stromleitungen, PV- und Windparks werden nur mit Beteiligung der Bürger in den entsprechenden Regionen gebaut. Für eine erfolgreiche Energiewende lohnt es sich, vom Großen zum Kleinen zu denken – immer mit dem Menschen im Mittelpunkt.«



Dr. Markus Coenen ist seit 2016 Vorstandsmitglied der Süwag Energie AG. Er verantwortet die Ressorts Finanzen, Netz, Recht, Revision und IT. Vor seiner Tätigkeit bei der Süwag leitete der promovierte Wirtschaftswissenschaftler mehrere Jahre die Konzernfinanzen der RWE AG. Der Hauptsitz des Energieversorgers Süwag ist Frankfurt-Höchst. Insgesamt erstreckt sich das Gebiet aber über vier Bundesländer.

Jutta Deffner



»Die Mobilitätswende, die in der Klimapolitik ein entscheidender Bezugspunkt ist, bedeutet eine systemische Veränderung. Sie umfasst nicht nur grundlegende technologische oder rechtliche Veränderungen, sondern auch politische und soziokulturelle. Es ist ein Wandel, der Werte und Routineverhalten hinterfragt und herausfordert. Wenngleich die Zustimmungswerte in Bevölkerungsumfragen zeigen, dass bzgl. des Klimaschutzes mehr getan werden müsse und Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung von Maßnahmen zu langsam geht, steht dies oft im Widerspruch zu dem, was eine ambitionierte Lokalpolitik erfährt. Mich interessiert besonders, wie Bürgerinnen und Bürger dafür gewonnen werden können, nachhaltigere Mobilitätsoptionen wahrzunehmen und in ihre Routinen aufzunehmen, ohne sich dazu gezwungen zu fühlen. Angebote, die komfortabel und vor allem mit Genuss oder spielerisch ein neues Verhalten ermöglichen, können hohe Durchschlagskraft haben – das zeigen z. B. viele der ÖPNV-Flatrate Angebote. Um diese Art des *Behaviour Change* besser voran zu bringen, ist auch die Politik gefragt. Es wird viel über Motivation diskutiert und fehlende Angebote werden als Hemmnis gesehen. Ein dritter, unterschätzter Faktor ist Kompetenz. Bei der Gestaltung von Maßnahmen muss mehr in den Blick genommen werden, welche Kompetenzen ausgebildet werden müssen, um in einer neuen Mobilitätskultur ressourcenleicht Mobilitätsbedürfnisse zu erfüllen. Dadurch ergeben sich auch zum Teil Allianzen statt Zielkonflikte, wie z. B. zwischen Klimaanpassungsmaßnahmen in der Stadt und Maßnahmen der Mobilitätswende.«

Dr. Jutta Deffner leitet am ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt den Forschungsschwerpunkt »Mobilität und Urbane Räume«. Schwerpunkte ihrer Forschung sind die Entwicklung zielgruppenorientierter Konzepte für zukunftsfähige Mobilitätsangebote und die Untersuchung von Aneignungsstrategien und Akzeptanz in den Bedürfnisfeldern Mobilität und Wohnen. Zudem beschäftigt sie sich mit nachhaltiger Stadtentwicklung. Sie ist u. a. als Sachverständige in die Enquetekommission »Mobilität der Zukunft 2030« des hessischen Landtages berufen.

Oliver Jedynak

»Der Klimawandel ist schon heute in den Städten und Gemeinden spürbar und seine Folgen sind lokal unterschiedlich. Jede Region, jede Kommune merkt die Auswirkungen auf eine etwas andere Art und Weise. Starkregen erfordert anderes Handeln als eine Zunahme der Trockentage oder die wirtschaftlichen Folgen eines abnehmenden Skitourismus. Lokale Klimapolitik umfasst damit wesentlich mehr als den Beitrag zur Vermeidung umweltschädlicher Stoffe: Der Schutz vor den Folgen des Wandels sowie die Erarbeitung einer Strategie für ein Leben und Arbeiten in einer Stadt unter dem Aspekt des Klimaschutzes haben eine hohe Priorität. Die Frage nach Einsatzmöglichkeiten für regenerative Energien, die gewünscht sind als Reaktion auf die globale Entwicklung wie auch zur Verbesserung der Luftqualität vor Ort, muss um Konzepte erweitert werden, zum Beispiel zur Sicherstellung der lokalen Wasserversorgung und zu deren Nutzung sowie zur Begrünung von Dächern und Fassaden. Der Maßstab zur Beurteilung politischer Entscheidungen lautet in der Regel: Was bringt das für mich? Die Herausforderung einer lokalen Klimapolitik liegt daher nicht nur in der Bereitstellung der Mittel für erforderliche Anpassungen. Politisch Verantwortliche und Kommunalverwaltungen sind gefordert, für ihren Weg Verständnis, Akzeptanz und Beteiligung herzustellen. In der Klimapolitik sind alle gefragt.«



Dr. Oliver Jedynak (CDU) ist Bürgermeister der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe. Er ist unter anderem zuständig für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität. Er ist in der Kurstadt aufgewachsen, studierte Jura an der Goethe-Universität und promovierte 2016 im Wirtschaftsstrafrecht. Nach dem zweiten Staatsexamen war Oliver Jedynak als Rechtsanwalt in einer Großkanzlei in Frankfurt tätig. Er trat 2006 in die Junge Union ein, zwei Jahre später in die CDU, war in beiden Organisationen im Vorstand aktiv und wurde 2011 zum Stadtverordneten gewählt. Von 2015 bis 2021 war er CDU-Fraktionsvorsitzender.

Thomas Schmid



»Der Klimawandel ist kein Zukunftsszenario mehr, wir sind längst mittendrin. Hitzesommer und Dürre betreffen und bedrohen uns alle, Starkregen und Flutkatastrophen können überall auftreten, und: sie werden häufiger und heftiger. Der Wald stirbt vielerorts, die Artenvielfalt schwindet. Wenn wir weiter so viele Treibhausgase ausstoßen, wird die Jahresmitteltemperatur in Hessen bis zum Ende des Jahrhunderts um vier Grad steigen, die Temperatur wird sich also mehr als verdoppeln – die Folgen können uns nicht egal sein! Mehr als 75 Prozent der Deutschen leben in Städten und Ballungsräumen – diese sind besonders gefährdet. Gleichzeitig verursachen sie aber auch einen Großteil der Emissionen. Bei Städten und Kommunen anzusetzen, ist also doppelt sinnvoll: Es braucht erstens: Lokalen Klimaschutz – also den Schutz des Klimas durch die Reduzierung menschengemachter Emissionen, zweitens aber auch: Klimaanpassung, um so die Menschen vor Ort vor den Folgen der Erderwärmung zu schützen. Die Herausforderung für die Städte und Kommunen besteht darin, ihre Einwohner für diese beiden Aufgaben zu motivieren, ohne sie zu stark zu bevormunden oder abzuschrecken. Klimakommunikation darf nicht zu negativ sein, denn Menschen fühlen sich meist überfordert und ›machen dicht‹, wenn man sie auf ihre Verantwortung oder ihr Fehlverhalten hinweist. Die Wahrheit ist nicht bequem, und dennoch müssen wir sie den Menschen beibringen: Dass nämlich viele Probleme – ob Klimakrise, Artensterben oder auch soziale Ungleichheit – auf eine Ursache zurückzuführen sind: unseren Lebensstil. Darin liegt auch eine Chance – diejenige nämlich, uns auf das Wesentliche zu besinnen.«

Prof. Dr. Thomas Schmid ist Präsident des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie. Er gründete das Fachzentrum Klimawandel Hessen (FZK), das sich mit den Themen ›Auswirkungen des Klimawandels in Hessen‹, ›Vergabe von Forschungsvorhaben zum Klimawandel‹ und ›Entwicklung von Anpassungsstrategien‹ beschäftigt. Er hat die Lenkungsgruppe des bundesweiten Verbundprojektes ›Regionale Klimaprojektionen - Ensemble für Deutschland‹ (ReKlieES-De) geleitet, in dem die globalen Klimaprojektionen des IPCC für Deutschland in regionale Klimaprojektionen umgesetzt wurden und leitet im Rahmen von ›KLIMawandel in der PRAXis‹ (KLIMPRAX) die Lenkungsgruppen der beiden hessischen Projekte ›Stadtklima‹ und ›Starkregen und Katastrophenschutz in Kommunen‹, die er mitinitiiert hat. Im Rahmen seiner Vorlesung Klimasysteme und Klimamodelle befasst er sich mit den Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels.





Foto: Stefanie Wetzel

Das **Forschungskolleg Humanwissenschaften** ist ein Institute for Advanced Studies der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Es wurde 2006 gemeinsam von der Goethe-Universität und der Werner Reimers Stiftung in Bad Homburg gegründet. Ziel und Anspruch des Kollegs sind es, als ein »Denk-Labor« aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft und Gesellschaft zu analysieren und die Herausbildung neuer Forschungsfragen zu fördern.

Dabei stehen Themen im Vordergrund, die den Menschen in einer durch Globalisierung und Digitalisierung sich wandelnden Zeit betreffen.

WISSENSCHAFTLICHES DIREKTORIUM

Prof. Dr. Dr. **Matthias Lutz-Bachmann** | Vorsitzender | Philosophie
Prof. Dr. **Irene Dingel** | Kirchengeschichte
Prof. Dr. **Andreas Fahrmeir** | Geschichte
Prof. Dr. **Johannes Völz** | Amerikanistik
Prof. Dr. **Christian Wiese** | Jüdische Religionsphilosophie

VORSTAND

Prof. Dr. **Enrico Schleiff** | Präsident der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. **Albrecht Graf von Kalnein** | Vorstand der Werner Reimers Stiftung
Alexander W. Hetjes | Oberbürgermeister der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
Ulrich Krebs | Landrat des Hochtaunuskreises
Prof. Dr. Dr. **Matthias Lutz-Bachmann** | Direktor des Kollegs

Iris Helene Koban | Geschäftsführerin des Kollegs

FORSCHUNGSKOLLEG HUMANWISSENSCHAFTEN DER GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Am Wingertsberg 4, 61348 Bad Homburg

Tel.: 06172 / 139770

E-Mail: info@forschungskolleg-humanwissenschaften.de

www.forschungskolleg-humanwissenschaften.de

KONZEPT UND PROGRAMM DER BAD HOMBURG CONFERENCE 2021

Prof. Dr. **Joachim Curtius**,
Goethe-Universität

Dr. **Bettina Gentzcke**,
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Dr. **Albrecht Graf von Kalnein**,
Werner Reimers Stiftung

Iris Helene Koban,
Forschungskolleg Humanwissenschaften

Prof. Dr. Dr. **Matthias Lutz-Bachmann**,
Goethe-Universität/Forschungskolleg Humanwissenschaften

Prof. Dr. **Darrel Moellendorf**,
Goethe-Universität

Dr. **Thomas Schimmer**,
Forschungskolleg Humanwissenschaften

Dr. **Christoph Wolff**,
World Economic Forum

IMPRESSUM

Herausgeber: Forschungskolleg Humanwissenschaften gGmbH

Redaktion: Iris Helene Koban, Dr. Thomas Schimmer

Gestaltung auf Basis des Layouts von AS'C Arkadij Schewtschenko Communications

Druck: Saxoprint

Fotos, wenn nicht anders vermerkt: privat

**BAD HOMBURG
CONFERENCES**

2021



FORSCHUNGSKOLLEG
HUMANWISSENSCHAFTEN
der Goethe-Universität in Kooperation
mit der Werner-Reinert-Stiftung

Bad Homburg | 

GOETHE
UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN 